



Health & Consumer Voice

Februar 2008

Leitartikel

Verbrauchertag: eine Vorschau auf
einzelstaatliche Kampagnen _____ 1

Topthemen

Wie kann die Zahl der Krebsfälle gesenkt
werden? _____ 2

OECD-Weltforum: Kommissarin Kuneva zur
Verbraucher- und Wettbewerbspolitik _____ 2

Der Gemeinschaftliche Tabakfonds:
Sensibilisierung für die Gefahren des
Rauchens _____ 2

Verhinderung der Einfuhr nicht zugelassener
GVO in die EU _____ 3

Magnete in Spielzeugen: Entscheidung der
Kommission _____ 3

Europäischer Tag der seltenen Krankheiten 4

Wie lässt sich das Internet sicherer gestalten?
Was meinen die Kinder dazu? _____ 4

Kurz berichtet

Mitteilungsblatt der wissenschaftlichen
Ausschüsse der Europäischen Kommission 3

Welthandel und artgerechte Tierhaltung _____ 4

Verbrauchertag: eine Vorschau auf einzelstaatliche Kampagnen



Die neue Posterkampagne für den Europäischen Verbraucherschutztag stellt die Botschaft „Wer seine Rechte kennt...kann sie nutzen!“ in den Mittelpunkt. Es ist ein Aufruf an die Verbraucher die Macht zurück in ihre Hände zu nehmen, informiert zu sein und ihre Macht des Vergleichs und der Auswahl zu nutzen.

Im Vorfeld des am 15. März 2008 stattfindenden Europäischen Verbrauchertags kam am 18. Februar ein unabhängiges Expertengremium in Brüssel zusammen, um die Gewinner der erstmals vergebenen Preise für die „besten europäischen Verbraucherschutzkampagnen“ auszuwählen. Der Preis wird für hervorragende Qualität und Wirkung der besten einzelstaatlichen Verbraucherschutzkampagnen verliehen. Die verschiedenen einzelstaatlichen Kampagnen wurden mit der Unterstützung der Europäischen Verbraucherzentren von Gremien aus allen EU-Mitgliedstaaten ausgewählt. Die Preisträger werden von der EU-Kommissarin für Verbraucherschutz, Meglena Kuneva, am 10. März in Brüssel bekannt gegeben.

Der Europäische Verbrauchertag ist der internationale Tag der Förderung und des Schutzes der Verbraucherrechte. Seit 1983 wird er am 15. März begangen und von der internationalen Vereinigung der Verbraucherverbände organisiert.

Im Rahmen der Auswahl der besten Kampagne für den Wettbewerb, den die Kommission anlässlich des Europäischen Verbrauchertags organisierte, wurde eine Bewertung der Wirkung einzelstaatlicher Verbraucherkampagnen vorgenommen; weitere Kriterien waren die originellste Idee, die Kreativität und die Übereinstimmung mit den allgemeinen Prioritäten der EU-Politik und dem Hauptthema des Europäischen Verbrauchertags: „Wer seine Rechte kennt, kann sie nutzen“.

Zum Wettbewerb wurden insgesamt 27 Kampagnen aus verschiedenen Ländern zugelassen, auch aus Norwegen und Island, die als Mitglieder des Netzes der Europäischen Verbraucherzentren teilnahmen.

Einige Kampagnen zielten auf Information und Beratung zum Thema Reisen, beispielsweise Information über Flug-gastrechte (Litauen). Andere Kampagnen, wie etwa schwedische, behandelten die Frage der Kreditaufnahme per SMS, die britische hingegen veranstaltete ein spezielles „Verbraucher-Quiz“, um jungen Menschen mit Lernschwierigkeiten dabei zu helfen, sich besser zu informieren und bewusster einzukaufen.

Weitere Informationen sind von folgender
Website abrufbar:
http://ec.europa.eu/consumers/index_en.htm



Der Gemeinschaftliche Tabakfonds: Sensibilisierung für die Gefahren des Rauchens

Am 8. Februar schlug die Europäische Kommission vor, die Finanzierung des Gemeinschaftlichen Tabakfonds für die kommenden beiden Jahre zu verlängern. Seit 2004 werden aus dem Fonds Kampagnen finanziert, um die Öffentlichkeit über die schädlichen Wirkungen des Tabakkonsums aufzuklären.

Im laufenden Finanzierungszeitraum unterstützte der Fonds die Kampagne „Help – für ein rauchfreies Leben“. Die Reform von 2004 leitete einen schrittweisen Abbau der Tabakförderung von 2006 bis 2010 ein. Die vorgeschlagene Verlängerung der Regelung wird es ermöglichen, die finanzielle Förderung von Informationskampagnen zur schädlichen Wirkung des Rauchens fortzusetzen.

Sowohl der für Gesundheit zuständige Kommissar, Markos Kyprianou, als auch die für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung zuständige Kommissarin, Mariann Fischer Boel, unterstützen diese Entscheidung, der zufolge 5 % des Gesamthaushalts für Tabakförderung der Jahre 2008 und 2009 in den Fonds fließen; das entspricht einem jährlichen Höchstbetrag von 16,897 Mio. Euro.

Weitere Informationen sind von folgender Website abrufbar:
www.help-eu.com

Wie kann die Zahl der Krebsfälle gesenkt werden?

Am 7. Februar hielt der für Gesundheit zuständige EU-Kommissar, Markos Kyprianou, eine Rede auf der von der Präsidentschaft in Ljubljana, Slowenien, veranstalteten Konferenz zum Thema Krebs über die Maßnahmen, die in Europa zur Krebsbekämpfung ergriffen werden. Er hob hervor, dass Krebs zu den Bereichen der öffentlichen Gesundheit gehört, in denen sich die EU seit langem engagiert, und dass Krebs EU-weit eines der größten Gesundheitsprobleme darstellt. Deshalb ist die Strategie der Krankheitsprävention so wichtig.

In der Primärprävention kommt es darauf an, Risikofaktoren wie den Tabakkonsum zu berücksichtigen und eine frühzeitige Diagnose zu stellen. Die im letzten Herbst angenommene neue EU-Gesundheitsstrategie legt den Ansatz der Kommission zur lebenslangen Gesundheitsförderung und Prävention von Erkrankungen dar. Dabei sind Fragen wie Mangelernährung, Bewegungsmangel, Alkohol-, Drogen- und Tabakkonsum sowie Umweltfaktoren zu berücksichtigen.

Primärprävention allein reicht jedoch nicht aus; es bedarf wirksamer Früher-



kennungsprogramme. Die EU-Leitlinien für die Qualitätssicherung in der Krebsvorsorge und -erkennung sind ein Beispiel für europäischen Mehrwert, da Know how und vorbildliche Verfahren EU-weit in klare Leitlinien einfließen, auf die sich jeder Mitgliedstaat bei der Krebsvorsorge stützen kann.

Der Kommissar kündigte den Abschluss der zweiten Ausgabe der Europäischen Leitlinien für Qualitätssicherung bei der Gebärmutterhalskrebsvorsorge an, mit denen die EU ihrem Auftrag zur Verbesserung der Gesundheit der Bürger Europas nachkommt.

Weitere Informationen sind von folgender Website abrufbar:
http://europa.eu/rapid/searchResultAction.do?search=OK&query=cons_2007&username=PROF&advanced=0&guiLanguage=en

OECD-Weltforum: Kommissarin Kuneva zur Verbraucher- und Wettbewerbspolitik



Am 22. Februar hielt die für Verbraucherschutz zuständige EU-Kommissarin, Meglena Kuneva, eine Rede auf dem Weltforum der OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) in Paris, in der sie darlegte, welchen Nutzen die Verknüpfung der EU-Verbraucherpolitik mit der Wettbewerbspolitik für die EU-Verbraucher bringen kann. Die von der Kommission 2007 angenommene verbraucherpolitische Strategie betrachtet die Verbraucher als

wesentliche Wirtschaftsbeteiligte und zielt darauf ab, sie dazu zu befähigen, stets im eigenen Interesse zu handeln.

Zwar hat sich die EU-Wettbewerbspolitik zweifellos für die Verbraucher als nützlich erwiesen, sie kann jedoch nicht alle Probleme beseitigen, die die Markteffizienz und das Wohl der Verbraucher beeinträchtigen können. Verbraucher- und Wettbewerbspolitik können einander jedoch ergänzen. Wettbewerb ist eine notwendige Voraussetzung für das Wohl der Verbraucher, während die Verbraucherpolitik wiederum den Wettbewerb verstärkt, indem sie die Verbraucher befähigt, die richtige Auswahl zu treffen. Unabdingbar hierfür sind sinnvolle Rechtsvorschriften, die einen soliden Rechtsrahmen für freie

Entscheidungen der Verbraucher bilden. Auch die wirksame Rechtsdurchsetzung ist ein beiden Politikbereichen gemeinsames Thema.

Kommissarin Kuneva merkte an, dass die Verknüpfung hauptsächlich in den Phasen der Marktanalyse und des Marktscreenings erfolgen sollte. In dieser Hinsicht bietet die jüngste Initiative der Kommission, die ein Verbraucherbarometer einführen will, eine neue Möglichkeit zur Ermittlung von Problemen, die von den Verbrauchern als Marktstörungen empfunden werden.

Weitere Informationen sind von folgender Website abrufbar: http://ec.europa.eu/commission_barroso/kuneva/speeches_en.htm

Verhinderung der Einfuhr nicht zugelassener GVO in die EU



Am 12. Februar entschied die Europäische Kommission, Bescheinigungen für Einfuhren chinesischer Reiserzeugnisse zu verlangen, die möglicherweise den nicht zugelassenen gentechnisch veränderten Organismus „Bt63“ enthalten. Trotz der von den chinesischen Behörden im Jahr 2007 angekündigten Maßnahmen wurde bis Ende 2007 „Bt63“ in Einfuhren nachgewiesen. Nachdem die Kommission am 15. April Dringlichkeitsmaßnahmen getroffen hat, dürfen nur noch Sendungen von Reiserzeugnissen in die EU eingeführt werden, die in einem speziellen Anhang der Entscheidung aufgeführt sind.

Der für Gesundheit zuständige Kommissar, Markos Kyprianou, erklärte, dass nach dem EU-Lebensmittelrecht nur solche GVO auf den EU-Markt gelangen dürfen, die einem gründlichen wissenschaftlichen

Prüfungs- und Zulassungsverfahren unterzogen worden sind.

Der nicht zugelassene gentechnisch veränderte Organismus „Bt63“ wurde erstmalig im September 2006 im Vereinigten Königreich, in Frankreich und Deutschland nachgewiesen. Da die chinesischen Behörden der Gemeinsamen Forschungsstelle der Kommission keine Kontrollproben und kein Protokoll der Nachweismethode vorgelegt haben, traf die Kommission Dringlichkeitsmaßnahmen, denen zufolge für mehrere Reiserzeugnisse aus der Volksrepublik China zwingend eine Bescheinigung verlangt wird.

Der Ständige Ausschuss für die Lebensmittelkette und Tiergesundheit hat die Entscheidung geprüft und eine befürwortende Stellungnahme dazu abgegeben. In sechs Monaten wird eine erneute Prüfung erfolgen.

Weitere Informationen sind von folgender Website abrufbar:
http://europa.eu/rapid/searchResultAction.do?search=OK&query=cons_2007&username=PROF&advanced=0&guiLanguage=en

Magnete in Spielzeugen: Entscheidung der Kommission

Am 28. Februar befürworteten die im Ausschuss für allgemeine Produktsicherheit vertretenen EU-Mitgliedstaaten den Entwurf einer Kommissionsentscheidung, der zufolge magnetische Spielzeuge, die auf dem Markt sind oder in Verkehr gebracht werden, einen Warnhinweis über die mit ihnen verbundenen Gesundheits- und Sicherheitsrisiken tragen müssen. Als „magnetische Spielzeuge“ sind sowohl Spielzeuge definiert, die Magnete oder magnetische Bestandteile enthalten, welche sich bei normalem Gebrauch lösen können, als auch Spielzeuge, die aus Magneten bestehen, welche aufgrund ihrer Größe und Form leicht verschluckt werden können.

Der Entscheidungsentwurf wird als nächstes dem Europäischen Parlament vorgelegt, bevor dem Kommissionskollegium zur Annahme unterbreitet wird.

Magnete finden zunehmend Verwendung in Spielzeug, was Anlass zur Besorgnis gibt, weil im August 2007 umfangreiche Marktrücknahmen erfolgten, auf die die Kommission unverzüglich mit einer gründlichen Überprüfung des Produktsicherheitssystems in Europa und darüber hinaus reagierte. Außerdem wurde der Vorschlag zur Überarbeitung der Richtlinie über die Sicherheit von Spielzeugen (88/378/EWG) fertiggestellt. Dabei zeigte sich die Notwendigkeit einer Maßnahme auf EU-Ebene, die spezifische Warnhinweise für magnetische Spielzeuge vorschreibt, um bis zum Abschluss der Überarbeitung der Spielzeugrichtlinie die entsprechende Lücke zu schließen.

Weitere Informationen sind von folgender Website abrufbar:

http://ec.europa.eu/consumers/safety/news/index_en.htm

Kurz berichtet



Mitteilungsblatt der wissenschaftlichen Ausschüsse der Europäischen Kommission

Die drei wissenschaftlichen Ausschüsse „Konsumgüter“ (SCCP), „Gesundheits- und Umweltrisiken“ (SCHER) und „Neu auftretende und neu identifizierte Gesundheitsrisiken“ (SCENIHR) geben dreimal jährlich (im Januar, Mai und September) ein Mitteilungsblatt mit Informationen über ihre aktuelle Tätigkeit heraus.

Die wissenschaftlichen Ausschüsse stellen der Kommission fundierte wissenschaftliche Gutachten zur Verfügung, die in die Erstellung von Strategievorschlägen in den Bereichen Verbrauchersicherheit, öffentliche Gesundheit und Umwelt einfließen. Darüber hinaus weisen die Ausschüsse die Kommission auch auf etwaige neue oder sich abzeichnende Probleme hin, die möglicherweise ein Risiko darstellen könnten.

Der Ausschuss „Konsumgüter“ wird zu Fragen kosmetischer Mittel und anderer Produkte wie Spielzeuge, Solarien usw. gehört.

Der Ausschuss „Gesundheits- und Umweltrisiken“ wird zu Bewertungen von Chemikalien gehört und der Ausschuss „Neu auftretende und neu identifizierte Gesundheitsrisiken“ zu potenziellen Risiken elektromagnetischer Felder oder der Nanotechnologie.

Hier können Sie das Mitteilungsblatt abonnieren:

http://ec.europa.eu/health/ph_risk/newsletters_risk_en.htm

Weitere Informationen:

http://ec.europa.eu/health/ph_risk/committees/committees_en.htm

Europäischer Tag der seltenen Krankheiten



Am 29. Februar unterstützte die Generaldirektion Gesundheit und Verbraucherschutz der Kommission den Start einer neuen Version der Orphanet-Website, des Europäischen Informationsservers für seltene Krankheiten und entsprechende Arzneimittel. Damit leistete sie einen wichtigen Beitrag zur klinischen Diagnose und Bekanntheit von seltenen Krankheiten. Das neue Webportal wurde anlässlich des Europäischen Tags der seltenen Krankheiten gestartet, der erstmalig auf Initiative von EURODIS (der europäischen Organisation für seltene Krankheiten) veranstaltet wurde.

Ziel ist es, das Bewusstsein für seltene Krankheiten und deren Auswirkungen auf das Leben der Patienten zu erhöhen, den betroffenen Patienten Informationen an die Hand zu geben und die europäische Zusammenarbeit in diesem Bereich zu verstärken. Die Kommission plant, in der zweiten Hälfte des Jahres 2008 eine Mitteilung über europäische Maßnahmen im Bereich seltener

Krankheiten zu verabschieden. Am 14. Februar wurde eine öffentliche Anhörung zu diesem Thema mit der höchsten je verzeichneten Beteiligung an dieser Art von Konsultation abgeschlossen.

Seltene Krankheiten sind lebensbedrohende oder chronisch behindernde Krankheiten mit geringer Prävalenz und hoher Komplexität. Eine Krankheit wird als selten definiert, wenn weniger als 5 von 10 000 Personen in der Europäischen Union daran erkrankt sind. Nach den derzeitigen wissenschaftlichen Erkenntnissen leiden 6 % der gesamten EU-Bevölkerung zu irgendeinem Zeitpunkt in ihrem Leben an einer seltenen Krankheit.

Der für Gesundheit zuständige EU-Kommissar, Markos Kyprianou, begrüßte die Initiative und betonte, dass die Bekämpfung seltener Krankheiten eine der gesundheitspolitischen Prioritäten darstellt, die die Kommission in allen Mitgliedstaaten fördert.

Weitere Informationen sind von folgender Website abrufbar:
<http://www.rarediseaseday.org/>
<http://www.orpha.net/>
http://www.ec.europa.eu/health/ph_threats/non_com/rare_diseases_en.htm

Wie lässt sich das Internet sicherer gestalten? Was meinen die Kinder dazu?



Am 12. Februar begingen mehr als 50 Länder weltweit den Tag des sicheren Internets. Das erste gesamteuropäische Jugendforum „Sicheres Internet“ wurde von der Europäischen Kommission in Brüssel unter Mitwirkung der EU-Kommissarin für Verbraucherschutz, Meglena Kuneva, veranstaltet.

Zweck war die Intensivierung des Dialogs zwischen Kindern und Entscheidungsträgern, die für Fragen der Sicherheit im Internet

zuständig sind, um zu ermitteln, wie Minderjährige, die das Internet nutzen, am besten geschützt werden können. Aus Untersuchungen geht hervor, dass Kinder Online-Technologien ganz anders nutzen und potenzielle Probleme dabei ganz anders sehen als Erwachsene. Aus diesem Grund wurden dreißig 14- bis 17-Jährige nach Brüssel eingeladen, um mit Kommissarin Kuneva, Mitgliedern des europäischen Parlaments und Vertretern der Industrie zusammenzukommen und die 10 wichtigsten Sicherheitstipps für die Internet-Nutzung zu ermitteln. Die Themen umfassten: Risiken und Vorsichtsmaßnahmen bei der Nutzung von Internetangeboten zur sozialen Vernetzung und von Handys sowie Methoden und Instrumente zur Sensibilisierung.

Weitere Informationen sind von folgender Website abrufbar:
<http://europa.eu.int/saferinternet>

Kurz berichtet



Welthandel und artgerechte Tierhaltung

Die internationalen Handelsvorschriften können enorme Auswirkungen auf den Tierschutz, insbesondere die artgerechte Tierhaltung haben. Am 22. und 23. April beschloss die Europäische Kommission (die Generaldirektionen Gesundheit und Verbraucherschutz sowie Handel) zusammen mit der Royal Society for the Prevention of Cruelty to Animals (RSPCA), Eurogroup for Animals, Compassion In World Farming und World Society for the Protection of Animals (WSPA), ein Internationales Forum zu globalen Aspekten der artgerechten Tierhaltung und eine Konferenz über Welthandel und artgerechte Tierhaltung zu veranstalten.

Ziel dieser Veranstaltungen wird es sein, verschiedene Beteiligte aus allen Kontinenten zusammenzuführen, um Erfahrungen mit der Einbeziehung der artgerechten Tierhaltung in Handelsaspekte vorzustellen und zu erörtern. Mittels eines Erfahrungsaustauschs über diese konkreten Fallstudien sollen das Forum und die Konferenz die Gruppe darauf vorbereiten und es ihr erleichtern, weltweit ähnliche Strategien zu verfolgen.

Weitere Informationen sind von folgender Website abrufbar:

<http://www.animalwelfareandtrade.com/>



Die in Health & Consumer Voice vertretenen Meinungen geben nicht notwendigerweise die Standpunkte der Europäischen Kommission wieder.

© Europäische Gemeinschaft, 2008. Die Wiedergabe von Beiträgen (außer Fotos) ist – ausgenommen zu gewerblichen Zwecken – unter Angabe der Quelle gestattet.

Koordination: Marie-Paule Benassi
Redaktion: Gaja Pellegrini-Bettoli, Mary Heneghan, in Zusammenarbeit mit der GD Gesundheit und Verbraucherschutz der Europäischen Kommission.

Layout: Qwentes.be

E-Mail: sanco-newsletter@ec.europa.eu

http://ec.europa.eu/dgs/health_consumer/index_de.htm

Printed by 